

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Groß-Berlin nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., möglichst baldmöglichst, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die schlesischen Kreisverzeichnisse oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Bericht der deutschen Delegation in London

Die Verhandlungen des Reichstags / Die Rede des Außenministers Simon

Im Reichstag erstattete heute der Außenminister Simons den Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über die Londoner Verhandlungen. Das Haus, das sehr gut be-
setzt war, folgte zunächst mit großer Anteilnahme seinen Darlegungen. Sie stimpfte aber sichtlich ab, als Simons in ziemlich breiten Darlegungen die Einzelheiten der Vorverhandlungen und der Verhandlungen in London darlegte. Einzelheiten, die zum erheblichsten Teil der deutschen Öffentlichkeit längst bekannt sind. Wollte man die Rede Simons mit den Reden ausländischer Staatsmänner vergleichen, insbesondere mit einer der Reden Lord Georges, so dürfte dieser Vergleich sehr zu Ungunsten Simons ausgehen. Der große leitende Gesichtspunkt, der sich auffällig in den Vordergrund schiebt, fehlt seinen Darlegungen. Und erst gegen Schluss hin wurde seine Ausdrucksweise lebhafter und der Inhalt seiner Darlegungen bemerkenswerter. Was er eigentlich seinen Darlegungen hätte vorausschicken müssen, eine Schilderung der Ursachen der Forderungen der Entente an Deutschland, das erwähnte er in dem letzten Teil seiner Rede, in einer Zwischenbemerkung, die naturgemäß wenig Anklang bei der Rechten des Reichstags fand. Er anerkennt ausdrücklich, daß die Forderungen der Entente nicht von ihrem Machttaumel, sondern von ihren außerordentlich schweren wirtschaftlichen Sorgen getragen seien.

Die zukünftige Haltung der Regierung

Ueber die zukünftige Haltung der Regierung erklärte Simons, er denke nicht an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Friedensvertrag sei zwar von der Entente abzulehnen, aber Deutschland dürfe nicht das gleiche tun, sondern den Friedensvertrag im Rahmen des Möglichen erfüllen. Die Forderungen der Sanktionen dürften nicht unterschätzt werden. Im Rhinland und im ganzen Westen würden sie sich bereits in der nächsten Zeit außerordentlich sichtbar machen.

Nachdem Simons seine Rede beendet hatte, ergriß für die Konstitutionsparteien Trimborn das Wort. Für die S. P. D. wird Bols sprechen, für die Deutschnationalen Graf Westarp und für die Unabhängigen Dr. Breitscheid.

Der Sitzungsbericht

Am Regierungstische: Fehrenbach, Heinze, Dr. Simons, Wirth, Koch, Gehler, v. Raumer.
Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen zahlreiche Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Präsident Wöbe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Höllein (Komm.) wegen Verleumdung geht an den Geschäftsordnungsausschuß. Von der vorläufigen Landesversammlung Kärnten ist ein Telegramm eingegangen, wonach die Landesversammlung mit tiefem Bedauern Kenntnis nimmt von der Besetzung weiter deutscher Gebietsteile durch die Entente.

Die Rede des Außenministers

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons: Meine Damen und Herren, die Erklärung, die ich heute namens der Reichsregierung vor Ihnen abzugeben habe, wird sich darstellen als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London und als eine Mitteilung über die Absichten, die die deutsche Regierung angesichts der Ergebnisse der Londoner Konferenz hat. Die Londoner Konferenz ist eine Fortsetzung von Spaas und ein Ersatz für Genf. Sie wissen, daß uns in Spaa eine solche Konferenz versprochen worden war. In Spaa ist zum erstenmal an die Stelle des unfruchtbareren Notenwechsels eine Verhandlung von Mann zu Mann getreten über die Haupt- und Kernfrage der wirtschaftlichen Not unserer Zeit: die Reparationsfrage. Wir hatten Anspruch darauf, daß die Behandlung dieser Reparationsfrage vorgenommen würde auf einer Konferenz in einem neutralen Lande. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns. Denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die Reparationsfrage unter einem umfassenderen mehr internationalen Gesichtspunkte hätte in Angriff genommen werden können. Aber wenn uns nun statt einer Einladung nach Genf eine solche nach London zuzuging, so konnte die deutsche Regierung sich ihr nicht entziehen. Zu groß war für uns das Interesse, daß wir endlich einmal Klarheit bekamen über den

Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage.

Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden. Diese Hindernisse sind hauptsächlich entstanden durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Denn, wie ich das immer hervorgehoben habe, in dem Moment, wo die Alliierten ihre Forderungen äussermächtig der Welt und uns verkündet hatten, hatten sie sich so festgelegt, daß eine Ueberwindung sehr erschwert war. Und naturgemäß mußte sich als Gegenwirkung gegen die einseitige Festlegung der Alliierten im Pariser Vertrag eine sehr weite Meinung bilden über

die Annehmbarkeit und Unannehmbarkeit

seiner Forderungen, die auch ihrerseits einer Festlegung gleich-

kam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann eine Aussicht auf Verständigung besteht, wenn die beiden maßgebenden Faktoren für die Reparationsfrage im beiderseitigen Studium gepreßt und miteinander in Einklang gebracht werden. Diese beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrage selbst einerseits der Schaden, der in den ehemals besetzten Gebieten angerichtet ist in dem Umfang, in welchem wir ihn im Friedensvertrag übernommen haben, andererseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht zerstört werden darf durch die Forderung auf Schadenerlass. Gerade deswegen, weil die Leiden-schaftslose und sorgfältige Prüfung dieser beiden Faktoren ein unbedingtes Erfordernis für eine Verständigung ist, hatte ich im Frühjahr/Herbst des vergangenen Jahres angeregt, eine solche Verständigung vor der endgültigen Zusammenkunft durch Sachverständige beider Teile in die Wege zu leiten. Ich bedauere es darum, daß die Wege, die zu der Konferenz von Brüssel geführt haben, nicht bis zu Ende weitergegangen worden sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Londoner Konferenz nicht zu einem Ergebnis geführt hat.

Zweimal haben in Brüssel die Sachverständigen versucht, den großen Problemen der Reparation näherzukommen: einmal taten es die Sachverständigen des Völkerbundes. Ihnen wurde die Arbeit dadurch erschwert, daß Frankreich nicht geneigt war, die Reparationsfrage von ihnen behandeln zu lassen. Das zweite Mal kamen Sachverständige der Alliierten und Sachverständige Deutschlands zusammen und durch sie sind auch eine ganze Anzahl von Aufklärungen geschaffen worden. Diese Aufklärungen konnten aber nicht zu Ende kommen, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe alle Probleme erörtert waren, und ehe die Verhandlungen der Wirtschaftsteile stattgefunden hatten, zu einem zusammengefaßten Bericht an ihre Regierungen gekommen sind. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt, wir kennen nur Auszüge aus ihm. (Hört, hört!) Bei dieser Behandlung der Lebensfragen der deutschen Wirtschaft hatten wir schon kaum auf ein angemessenes Ergebnis hoffen dürfen. Unter diesen ungünstigen Umständen wurden

Die Vorbereitungen für London

unternommen. Diese Vorbereitungen haben sich zunächst erstreckt auf eine sehr eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse. Die Prüfung hat stattgefunden durch die aufopferungsvolle Tätigkeit einer großen Anzahl von Sachverständigen. Ich halte es für meine Pflicht, ihnen den herzlichsten und aufrichtigsten Dank der Reichsregierung auszusprechen. (Beifall.) Außer der von diesen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschrift, die Ihnen vorliegt, haben wir Ihnen auch noch eine andere Denkschrift vorgelegt, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist und sich hauptsächlich befaßt mit der Beprechung der Denkschrift der Sachverständigen der Gegenseite. Die Regierung hatte im Einverständnis mit den Führern der Parteien nach Kenntnis von den Pariser Beschlüssen das Versprechen gegeben, daß wir nunmehr mit Gegenvorschlägen an die Alliierten herantreten würden.

Das war ein kühnes Versprechen. Der Friedensvertrag enthält Bestimmungen, wonach es der deutschen Regierung freistand, innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Frist an die Alliierten Gesamtorschläge zu dem Reparationsproblem vorzulegen, über die dann eine Verständigung erzielt werden könnte. Allerdings ist diese Frist längst abgelaufen, sie ist aber, zum Teil ausdrücklich, zum Teil stillschweigend, verlängert worden. Es ist der deutschen Regierung von vielen Seiten, im Auslande wie im Inlande, der Vorwurf gemacht worden, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Demgegenüber darf ich nur auf folgendes hinweisen: Bestimmte Vorschläge der deutschen Reichsregierung in Reparationsdingen waren solange fast unmöglich, solange der Umfang des deutschen Wirtschaftsgeldes schon in rein territorialer Beziehung so in Frage gestellt war, wie es durch den Friedensvertrag geschehen war. Ich will gar nicht hinweisen auf die Verhältnisse im Saargebiet und im Rheinlande, sondern nur auf den Punkt, der uns jetzt besonders am Herzen liegt,

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Was auch gesagt werden mag — Oberschlesien ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage! (Lebhafte Zustimmung.) In dem Umfange, wie die deutsche Wirtschaft im Friedensvertrag gemindert wird, in demselben Umfange steigert sich die Bedenken-Oberschlesien für unsere Wirtschaft. Deshalb hat auch Oberschlesien eine ganz überragende Rolle in den Londoner Verhandlungen gespielt.

Dazu kam, daß in demselben Augenblick, wo die Deutsche Regierung sich anschickte, die Gegenvorschläge zu erwägen, die deutsche Währung in einen Gegensturz hineingerieten wurde. Auch das hat die Ausarbeitung von einseitigen Vorschlägen Deutschlands sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Ein weiterer Punkt war der, daß für die nächsten Jahre auf Grund des Versailler Friedensvertrages der deutsche Handel in den verschiedensten Richtungen gehemmt und gefährdet war. Wenn wir uns nun trotzdem entschlossen haben, jetzt schon mit Gegenvorschlägen hervorzutreten, so war uns ganz klar, daß wir dabei auch auf politische Gesichtspunkte Rücksicht nehmen mußten. Die Gegner waren darauf verfaßt, in möglichst baldiger Frist

eine Klärung der Reparationsfrage

herbeizuführen. Unter diesen Umständen war es Pflicht der Vertreter des deutschen Volkes, daß wir auch trotz der Schwierigkeiten verstanden, zu klaren Gegenvorschlägen zu kommen. Ueber die Frage, nach welcher Richtung diese Gegenvorschläge sich bewegen würden, ist naturgemäß von den Sachverständigen auch

nach verschiedenster Richtung gesprochen worden. Ein Sachverständiger hat sämtliche Vorschläge nacheinander referiert. Für keinen dieser Vorschläge war eine überwältigende Mehrheit der Sachverständigen zu gewinnen; dagegen war eins allerdings klar, daß die große Mehrheit der Sachverständigen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit sehr gering einschätzte. Keiner der Sachverständigen ist verantwortlich für die Höhe der Gegenvorschläge, die wir nachher gemacht haben. (Hört, hört!) Diese Gegenvorschläge sind gemacht worden aus politischen Gründen, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und erfahrener Männer im Auswärtigen Amt, aber auf Grund der

Verantwortlichkeit der Regierung

selbst (Hört, hört!) und zwar in letzter Linie auf Grund der Verantwortlichkeit meiner Person. (Hört, hört! und Sehr gut!)

(Fortsetzung der Rede Simons im Morgenblatt.)

Das Weißbuch über London

Dem Reichstage ist heute das angekündigte Weißbuch über die Londoner Verhandlungen zugegangen. Es enthält den Wortlaut der Pariser Beschlüsse, das Gutachten der deutschen Sachverständigen, die Kritik des deutschen Finanzministeriums zu den Bemerkungen der Alliierten über den deutschen Haushalt sowie den Sitzungsbericht über die Verhandlungen in London und die deutschen Gegenvorschläge.

Das Reichsarbeitsministerium hat Vorsorge getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstimmlung nach Oberschlesien reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde unter Berücksichtigung auf die Kontrolle während der Dauer der erforderlichen Abwesenheit, und zwar wenn nötig, vor-schubweise, erhalten.

Der Auswärtige Ausschuß

Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß, die Mittwoch und Freitag stattgefunden haben, sind natürlich für die Öffentlichkeit vom größten Interesse. Der Reichstag aber und sein Ausschuß nehmen darauf nicht die geringste Rücksicht. Die Beratungen sind streng geheim. Das hindert natürlich einen großen Teil der Presse nicht, aus diesen geheimen Erörterungen Mitteilungen zu machen, die natürlich zum Teil ungenau, zum Teil tendenziös sind. Wir halten diese ganze Geheimnisträmerei für überflüssig; zum mindesten müßte man aber verlangen, daß wenigstens der wesentliche Gang dieser Verhandlungen mitgeteilt wird, wenn man nicht den Vertrauensbruch und die Schnüffelei zur künftigen Einrichtung machen will. Jedenfalls geht es nicht an, daß ein Teil der Presse beliebige Stücke aus den Verhandlungen herausreißt und sie veröffentlicht, während der andere schweigt.

Für heute wollen wir uns darauf beschränken, mitzutheilen, daß in verschiedenen Zeitungen über die heutige Sitzung von einem heftigen Angriff Stinnes gegen Dr. Simons berichtet wird. Stinnes warf dem Kabinett vor, es sei in seiner Außenpolitik keine führende Idee zu erkennen. Unmittelbar vor der Konferenz habe große Ratlosigkeit geherrscht, und man habe zu so wichtigen Verhandlungen einen Delegierten entsandt, ohne ihm genau formulierte Vorschläge mitzugeben. Allerdings blieb Stinnes selbst jede positive Anregung schuldig. Simons wies die Angriffe mit einiger Erregung zurück und lehnte es ab, der „junge Mann des Abgeordneten Stinnes“ zu sein. Genosse Breitscheid, der nach Stinnes sprach, zog zwischen seiner und unserer Kritik eine scharfe Trennungslinie und kam dann auf Grund eines großen sachlichen Materials zu einer scharfen Beurteilung der Außenpolitik des Kabinetts im allgemeinen und den Verhandlungsmethoden des Außenministers in London im besonderen.

Wie wir schon gestern sagten, werden aber politische Konsequenzen aus diesen Beratungen im Reichstag nicht gezogen werden.

Die Zollkontrolle

E. C. Roblenz, 12. März.

Ueber den Zolldienst im Rheinland wird berichtet, daß hierzu Zollbeamte und Militär herangezogen werden sollen. Man werde 150 Ueberwachungsposten errichten, zu denen noch die bereits bestehenden 29 deutschen Posten kommen. Der Zolltarif wird vorläufig nach den deutschen Sätzen in Kraft bleiben.

Washington, 11. März. (Havas.)

(Amlich.) Es wurde vereinbart, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nicht an der Erhebung der Zölle teilnehmen. Immerhin werden die Vereinigten Staaten der Ausführung der neuen Politik der Alliierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Der französische Senat über London

Paris, 11. März.

Die Agence Havas meldet: Unter dem Vorsitz Poincarés hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten eine wichtige Mitteilung Humberts in der Frage der Reparationen entgegengenommen. Der Berichterstatter des Budgets des Auswärtigen konnte seinen Kollegen ganz genaue Zahlen, betreffend die Forderung der Alliierten und die Zahlungen Deutschlands, soweit Frankreich in Frage kommt, unterbreiten. Es sei leicht zu beweisen, daß die Forderungen sehr gemäßig und vollkommen berechtigt waren. Sie belaufen sich auf etwa 210 Milliarden. Was die Zahlungen Deutschlands anbelangt, die zum ersten Mal 1921 20 Milliarden Goldmark betragen sollten, so ist die Reparationskommission der Ansicht, daß sie 8 Milliarden Goldmark nicht überschritten haben. Das Saldo dieser 20 Milliarden muß von Deutschland bei Verfall verlangt werden. Die Kommission beschloß jedoch, sobald wie möglich den Ministern zu hören und von ihm genaue Angaben über die Verhandlungen in London und die Anwendung der Zwangsmassnahmen zu verlangen.

Die Verständigung zwischen den Arbeitern

Der Protest der französischen Gewerkschaften

Wir konnten gestern melden, daß die Zentralkommission der französischen Gewerkschaftsbewegung, die C. G. T., eine Entschliebung gegen die gegen Deutschland gerichteten Zwangsmassnahmen angenommen hat. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Vorstand der C. G. T. hat den Protest der Arbeiterorganisationen Deutschlands gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz, der ihm durch das I. G. B. zugegangen ist, zur Kenntnis genommen.

Die französische Arbeiterorganisation erklärt in Beantwortung dieses Protestes, daß sie sich keineswegs mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung solidarisch erklärt. Die Beschlüsse, Veröffentlichungen, alle Handlungen des Allgemeinen Arbeitsverbandes beweisen, daß er alles mißbilligt, was die Verletzung eines Volkes zur Folge haben könnte.

Ebenso wie der Arbeitsverband gegen die Beschlüsse der militärischen Befehlshaber Stellung genommen und seiner Auffassung in diesem Punkte in ungewöhnlicher Weise Ausdruck verliehen hat, ebenso mißbilligt er jede Politik der Vergewaltigung und Unterdrückung und erklärt sie als eine Gefahr für alle Völker und als ein Hemmnis für den Befreiungskampf der Arbeiter.

Die Auffassungen der französischen Gewerkschaftsbewegung sind den Vertretern der deutschen Organisation bereits wiederholt dargelegt worden. Was die Wiedergutmachung betrifft — deren Pflichtberechtigung von den deutschen Gewerkschaftsorganisationen anerkannt wurde — so waren diese bereits Gegenstand eines gemeinsamen Communiqués, das von den beiden Zentralen im November vorigen Jahres in Berlin redigiert wurde.

Der Allgemeine Arbeitsverband erklärt aufs neue, daß diese Wiedergutmachungen, wie überhaupt die ganze durch den Krieg geschaffene Lage,

Gegenstand der Verständigung zwischen den Arbeitern

der verschiedenen Länder sein muß und nicht einer Politik des Hasses dienen darf, sondern der Annäherung und engen Zusammenarbeit der Völker. In dieser Zusammenarbeit müssen die Arbeiterorganisationen hervorragenden Anteil nehmen, denn nur die in der gewerkschaftlichen Internationalen vereinigten Organisationen, die dort ihre Kräfte sammelt haben, sind in der Lage, den Kampf zu führen gegen den Egoismus der Kapitalisten und die engherzige und gefährliche Politik ihrer Regierungen.

Nichts vermochte diese Ansicht zu ändern, und nichts wird sie ändern können. Die französischen Arbeiter sind wie bisher bereit, die Kameraden Deutschlands zu verteidigen,

und sie weisen alle Versuche zurück, ihnen — und dies im Widerspruch mit den Verträgen selbst — eine unerbittliche Last aufzuerlegen. Sie erklären sich heute wie ebendem zu gemeinsamem

Handeln mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bereit, um die Annahme des von beiden Zentralen vereinbarten Programms von den Regierungen der beiden Länder zu erwirken.

Der staaterhaltende Gedanke

Neue Vorstöße der bayerischen Reaktion

In der Morgenausgabe konnten wir mitteilen, daß die bayerische Regierung die gegenwärtige gespannte außenpolitische Situation benützt, um der Anwendung des Entwaffnungsgesetzes auf Bayern neuen Widerstand entgegenzusetzen. Der Gesetzentwurf, der den sogenannten „Selbstschutz“ abschaffen soll, liegt gegenwärtig dem Reichsrat vor. Den bereits angeforderten Einspruch Bayerns gegen die Beratung des Gesetzes, die nach der Pariser Note vom 29. Januar am 15. März abgeschlossen sein muß, liegt bereits vor. Die Reichsregierung besteht darauf, daß das Gesetz abgelehnt wird, und eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“, die aus gutinformierter Quelle stammen soll, versichert, daß die bayerische reaktionäre Opposition einen Erfolg erzielt hat. Dem bayerischen Widerstand soll dadurch Rechnung getragen werden, daß man in dem Gesetz lediglich auf den Friedensvertrag Bezug nimmt und die Note vom 29. Januar ignoriert. Verabschiedet muß das Gesetz allerdings doch werden. Ueber den Inhalt dieses Gesetzes wird mitgeteilt:

Die in Erfüllung des Friedensvertrags bisher erlassenen Bestimmungen über die Unzulässigkeit von Vereinigungen, die mit Dingen militärischen Charakters sich befassen, sind nach der Auffassung der Alliierten unzureichend, um die in den Art. 177 und 178 des Friedensvertrages niedergelegten Absichten in vollem Umfange zu verwirklichen. Daher ist verlangt worden, daß bis zum 15. März d. J. in dieser Beziehung verlässliche gesetzliche Handhaben bereitgestellt werden. Dem Verlangen soll durch den aufgestellten Gesetzentwurf Rechnung getragen werden. Er verbietet nochmals Vereine, Selbstschutzorganisationen und sonstige Vereinigungen, deren Mitglieder im Waffengebrauch geübt werden und die sich mit Angelegenheiten befassen, die auf eine Mobilisierung hinführen.

Der Regierung ist hauptsächlich darum zu tun, daß eine einheitliche Anwendung der beschriebenen Vorschriften verbürgt wird. Zu diesem Zwecke werden der Reichsminister des Innern oder entsprechende Kommissare ermächtigt, die notwendig erscheinenden Anordnungen zu treffen. Auch wird ein vom Reichsrat gewählter Beirat von 15 Personen bestellt, dessen Zustimmung bei grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen ist. Das Verbot einer Vereinigung soll für das ganze Reichsgelände wirksam sein und alle Verzweigungen der Vereinigung sowie neue Vereinigungen erfassen, die sich nachträglich als Fortsetzung der verbotenen darstellen. Strenge Strafbestimmungen gegen Zuwiderhandlungen sind vorgesehen.

Das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei, einer Parteigruppe, die ihren Namen völlig zu Unrecht trägt und nichts anderes darstellt als eine scheußliche Mischung von Stinnes und Hertl, die „Volksparteikorrespondenz“, bezeichnet dieses Gesetz als ein Ausnahmengesetz gegen Bayern. Was in diesem Gesetzentwurf Bayern zugemutet werde, würde die heftigste Entrüstung in jenen Kreisen erregen, die mit einem gewissen Zögern der Einwohnerwehnpolitik der Bayerischen Regierung gegenüberstehen haben. Womit jene „Kreise“ gemeint sind, denen die Regierung Kahr in der Einwohnerwehrtage noch nicht reaktionär genug war. Das Reich wolle mit Gesetzesgewalt, erklärt die reaktionäre Korrespondenz weiter, die Bevölkerung zu etwas zwingen, das nach ihrer Ueberzeugung der Beginn des Ruins des bayerischen Staatswesens bedeuten würde. Der Vergewaltigung von außen solle die Vergewaltigung von innen hinzugefügt werden. Wenn sich aber die Reichsregierung für verpflichtet halte, die Forderungen der Entente zu erfüllen, so dürfe sie nie und nimmer so weit gehen, daß sie ihre Hand dazu hefte, den staaterhaltenden Gedanken des Selbstschutzes überhaupt mit Stumpf und Stiel auszurotten zu wollen. Die Korrespondenz schließt mit einer Aufforderung zu energischem Widerstand gegen die Entwaffnung des Selbstschutzes.

Der staaterhaltende Gedanke dieser Gesellschaft ist also die Organisation und Bewaffung der Bourgeoisie und des Speichbürgertums zwecks Befestigung aller, auch der bescheidensten staatsbürgerlichen Freiheiten, der offene be-

massene Kampf gegen jeden kleinen politischen Fortschritt und — letzten Endes — gegen die Arbeiterklasse. Die bayerische Reaktion ist die Kerntruppe jener Kreise, die eine politische Gefahr für das Reich sind, deren Politik das deutsche Volk das Mißtrauen der Franzosen und die Schärfe der Bedingungen der Entente verdankt. Sie benützen die gegenwärtige Situation, um neue Schwierigkeiten und Konflikte heraufzubewahren, weil diese Gesellschaft nur im allgemeinen wüsten Durcheinander ihr blutiges Ziel, die Sabelherrschafft nach ungarischem Beispiel, zu erreichen hoffen kann. Wenn es wahr sein sollte, daß die Reichsregierung sich bereits mit diesen Reaktionen so identifiziert hat, und sei es zunächst auch nur durch ein verständnisloses Augenwinkeln, so wäre der stärkste Druck der deutschen Arbeiterklasse auf diese Reichsregierung notwendig, um Deutschland vor neuem und größerem Unglück zu bewahren.

Das neue Herrenhaus

Im „Reichsanzeiger“ wird die von den Provinziallandtagen in der ersten Tagung zu wählende Zahl der Mitglieder zum preussischen Staatsrat veröffentlicht. Es werden gewählt:

- | | |
|--|--------------|
| 1. für die Provinz Ostpreußen | 4 Vertreter |
| 2. für die Provinz Brandenburg | 5 Vertreter |
| 3. für die Stadt Berlin | 8 Vertreter |
| 4. für die Provinz Pommern | 4 Vertreter |
| 5. für die Grenzmark Posen-Westpreußen | 3 Vertreter |
| 6. für die Provinz Niederschlesien | 3 Vertreter |
| 7. für die Provinz Oberschlesien | 5 Vertreter |
| 8. für die Provinz Sachsen | 6 Vertreter |
| 9. für die Provinz Schleswig-Holstein | 3 Vertreter |
| 10. für die Provinz Hannover | 6 Vertreter |
| 11. für die Provinz Westfalen | 4 Vertreter |
| 12. für die Rheinprovinz | 14 Vertreter |
| 13. für die Provinz Hessen-Nassau | 5 Vertreter |

Außerdem entsenden die Hohenzollernschen Lande gemäß Art. 32, Abs. 3 der preussischen Verfassung, 1 Vertreter in den Staatsrat. Im ganzen werden also 79 Vertreter gewählt. Ein zweites Parlament des Reichs tritt in nächster Zeit keine Parteien auf. Bei dem Wahlmodus wird durch die geringe Zahl der zu wählenden Mitglieder die Verhältniswahl zu einer Mehrheitswahl gestempelt, so daß die Einparteien nicht etwa entsprechend der eigentlichen Wählerstimmen in Bezügen vertreten sein werden, sondern der Fingerring wird viel geringer sein.

Die kleineren Parteien haben wenig Aussicht, viele Vertreter zu erlangen, da die Wahl durch die Provinziallandtage vorgenommen werden wird und keine Gruppen naturgemäß aufstehen, es sei denn, daß sie von vornherein eine gemeinsame Liste aufstellen. Dies ist jedoch in den meisten Fällen bei der verschiedenen grundsätzlichen Auffassung unmöglich. Andere Genossen haben in allen Wahlkörpern die Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle unsere Abgeordneten bei der Wahl zur Stelle sind, um auch Vertreter der U.S.P. in diese rücksichtliche Einrichtung hineinzu bekommen.

Kämpfe in Rußland

Ein neues Ultimatum an Petersburg

III. Sankt Petersburg, 12. März.

Das Weißrussland zwischen den Forts von Kronstadt und den hochgelegenen Küstenbatterien dauert an. Die Sabotage zwischen Petersburg und Tserkoff an der finnischen Grenze dürfte ist unterbrochen. Die Regierung von Kronstadt soll ein neues Ultimatum nach Petersburg entsandt haben.

Die Aenderung des Sevresvertrages

III. Paris, 10. März.

Paul „Echo de Paris“ sind die Alliierten bereit, den Vertrag von Sevres wie folgt abzuändern:

1. Smyrna wird autonom erklärt, mit einem Freihafen für Türkisch-Armenien.
2. Räumung Konstantinopels durch die alliierten Truppen.
3. Ausschaltung dieser Stadt aus der Zone der neutralen Meeresengen.

Unter dem Strich

Dichter und Stammer. Das „Neue Volkstheater“ hat viel Arbeit an einem verschollenen, zum Teil ganz bösen Abend gewendet. Reinhardt's Gesellschaft „Das junge Deutschland“ wollte auch vielen anderen talentierten Stücken auch noch das fünfaktige Schauspiel „Der Mann Jodor“ von Gustav von Wangenheim aufführen. Nur die verdiente Pleite hat es verhindert. War es nötig, daß die Volkstheater aus der Konkurrenz gerade dieses Drama übernahm? Dafür sprach bestensfalls die Tendenz des Werkes: Ein junger Mensch wird durch den Krieg zum Revolutionär und zum proletarischen Massenführer. Dagegen: der katastrophale Dilettantismus der letzten vier Akte. Der erste Akt ist nicht talentlos und zeigt Mut zu eigenartigen Szenen. Vom zweiten Akt verliert sich der Verfasser in den Schwulst eines epheborischen angelesenen Primaners, der sich von den früheren Primanerdichtern nur dadurch unterscheidet, daß er nicht nur gespreizte Phrasen für Gefühl, sondern auch anmaßende Flachheiten für Geist ausgießt. Ohne daß sich der Held als Christus vorstellt, geht es auch diesmal nicht ab! Wenn man bedenkt, daß die Volkstheater an Tolstois „Wandlung“ und an Beders „Arbeiter, Soldaten, Bauern“ (die jetzt das Große Schauspielhaus anständig) vorbeigeht, läßt die Wahl dieses Stückes darauf schließen, daß die maßgebenden Faktoren kein wirkliches Verhältnis zum Neuen haben und daher solche Fehlgriffe begehen.

Wangenheim hat das Stück selbst inszeniert und gespielt. In keiner Regie, die schnell das Neueste von Maxin abgequast hat, zeigte sich noch am ehesten ein Können. Als Schauspieler ist Wangenheim ein jugendlich untreuer Schreiber ohne eine Spur von interessantem Talent. Es ist bezeichnend, daß diese schwächlichen Dichtertingel, wenn sie etwas Wesenhaftes bringen, es einer Frau in den Mund legen. Die zwölf guten Söhne des Stückes hatte eine Parlamentarierin zu sprechen. Franze Koloff legte ihre Rede mit glänzendem demagogischen Schmuck hin. Die übrigen Schauspieler werden hoffentlich von der Volkstheater bald einer „sicherlichen Milderung“ unterzogen werden. Ein Arbeitertheater ist keine Abwechslung für Provinzialstädter. Aus diesem Grunde kann die Kritik gerade der Arbeiterpresse nicht hart genug ein. Der Dialog von Tolstol wurde zwar von Arnold Tempin mit Unternehmern von Pathos und von Erich Otto mit etwas theatralischer Bäuertlichkeit aber im ganzen gut gespielt. Das Niveau dieses Dialoges ist das mindeste, was vom Volkstheater zu verlangen ist. F. S.

Wasser aus dem Weltraum. Die Erde läßt beständig von ihrem Wasservorrat ein, denn unaufhörlich fließt Feuchtigkeit in

solche Tiefen der Erdkruste, aus denen es nicht mehr freiwillig emporsteigt, und durch den gewaltigen Druck am Meeresboden wird beständig in die unter dem Meeresboden liegenden Erdschichten Wasser gepreßt, an dessen Wiedertropfen nicht zu denken ist. Sobald bilden die unausgesehrt sich vollziehenden Kristallisationsvorgänge in der Natur hemmisch Wasser und lassen es nicht in den atmosphärischen Kreislauf zurückgehen. Endlich erfolgt in Vulkanen, sobald das durch Erdschichten verlaufende Wasser mit der Hitze der tieferen Schichten in Berührung kommt, eine sofortige Zerlegung der Flüssigkeit in ihre Bestandteile. Es muß nun eine Quelle der Erneuerung und Vermehrung des Wassers vorhanden sein, die in der Lage ist, die geschiederten Verluste zu ersetzen. Dabei ist an eine irdische Quelle nicht zu denken, und so ist man denn auf den Gedanken gekommen, daß aus dem Weltall unserer Erde Wasser spendet wird. Prof. W. Halbhah macht nun in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift darauf aufmerksam, daß eine neue von dem Ingenieur Hörbig und dem Astronomen Janitz aufgestellte Entwicklungslehre des Weltalls eine höchst originelle Erklärung für den Wasserkreislauf aus dem Weltraum bietet.

Es wird hier auf gewisse Umwetter hingewiesen, die sich nur durch außerirdische Kräfte erklären lassen. Dies ist z. B. bei dem gewaltigen Hagelwetter der Fall, das am 18. Juli 1788 in einer Gesamtbreite von 150 Kilometer ganz Frankreich vom Süden bis nach Belgien und Holland heimsuchte, und auf ein ähnliches Umwetter vom 24. Mai 1890, das ganz Rußland in einer Ausdehnung von 15 Breitengraden und 10 Breitengraden verwehte. Die ungeheure Macht und kurze Dauer dieses Zerlegungsprozesses geht weit über alles hinaus, was man aus einer Störung des atmosphärischen Gleichgewichts erklären könnte. Ebenso verhält es sich mit den tropischen Regen, die mit fast absoluter Pünktlichkeit eintreffen. Nach einer vollkommen klaren Nacht und nach klarem Sonnenaufgang gegen 10 Uhr morgens setzt plötzlich ein gewaltiger Regen um 4 Uhr nachmittags ein, der bis gegen Abend währt, worauf wieder eine klare Nacht folgt. Solche in kürzester Zeit sich ausübenden Gewalten können nur tosmische Ursprünge sein. Für das Herabfallen der Mächte des Weltalls in den Kreislaufprozess des Wassers auf unserer Erde spricht jedoch die Tatsache, daß schon wiederholt am völlig klaren Himmel Wolken in sehr großen Höhen bis zu 150 Kilometer beobachtet worden sind, die nach ihren optischen Eigenschaften nur aus Cirrusen bestehen können. Wie kommen Eiskristalle und Eisklöße von einem solchen Umfang in so unpassbare Höhen, in denen bereits die atmosphärische Luft sich in ihre Elemente aufzulösen beginnt? Diese Gebilde, die gar nicht an die Gebrodtation gebunden sind und sich nur abwärts senken können, müssen unbedingt vom Weltraum her gekommen sein. Sie bilden eine wichtige Vermehrung des Wassers auf der Erde,

die jenseits des irdischen Kreislaufes des Wassers steht. Danach ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß Wasser aus dem Weltraum zu uns kommt. Dieser Wasserzustuß, mit dem das Weltall unsern Stern beschenkt, stammt aus dem ungeheuren Strom von Flüssigkeiten, der von der Sonne Corona ausgeht und im letzten Weltkreislauf erpariert.

Eine Ausstellung von Iren-Kunst. In einem Frankfurter Kunstinstitut sind Malereien, Zeichnungen und Skulpturen ausgestellt, die von Geisteskranke herrühren, die vor ihrer Entkräftung sich nicht als Künstler betätigten. Es handelt sich dabei um die von uns schon erwähnte Sammlung, die in der psychiatrischen Klinik der Heidelberger Universität von Dr. Hans Prinzhorn zu wissenschaftlichen Zwecken zusammengedruckt wurde. Auf die künstlerische Bedeutung, die diese eigenartige Ausstellung besitzt, weist E. Schwabacher im „Ereone“ hin. Die Schöpfer dieser Irenkunst leiden zum größten Teil an Dementia praecox; es sind sogenannte „Schizophrenen“, Menschen mit Zerrung der Seele, einer geistigen Zerrüttung, deren anatomische Ursache noch nicht ergründet ist. Ihr Zustand äußert sich in den bildnerischen Versuchen in einer Ueberreizung des Jenseitigen, in Darstellung von Halluzinationen, in der Ueberwindung vager Phantasien. Darüber hinaus aber zeigen die vorgeführten Werke oft ein sehr feines kompositionelles Gefühl, große Kenntnis und unter dem Einfluß dämonischer oder teuflischer Verblendung sogar einen grandiosen Empfindungsreichtum. Man wird, sagt Schwabacher, an Werke echterer Kunst, das an primitive Plastik, das an byzantinische Malerei oder an Gotik, an moderne Werke von Rodde und Kousseau, an die Passivität Palestrinis erinnert, ohne daß den Arbeitern, Schreibern, Schloßern, Eisenhauern, die diese Arbeiten gemacht haben, jene Werke zugänglich gewesen sein können. Man erkennt mit Ehrfurcht, daß dieselben ewigen Gesetze des künstlerischen Bildens, die wir aus der Kunst der Gesunden kennen, hier im Unterbewußten und Unbewußten waltend sind. Es ist manchmal sogar, als ob mit dem Wegfall gewisser Hemmungen ein Schöpfungsdrang, der sich bei den gefunden Handwerkern nie ausgeprochen hätte, oder bei einem Kranke L., die früher konventionelle Dilettantenarbeit gemacht hatte, nie zum Ausdruck gekommen wäre, in dem durch die Krankheit verstärkten Impuls der Triebabänderungen in Erscheinung getreten wäre.

Zum Papst! Zu Lubendorff! Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, daß ein Korrespondent der „Chicago Tribune“ auf der Fahrt von Baden-Baden nach Berlin auf bayerischem Gebiet der Geheimpolitik verhaftet wurde, trotz seines Ausweises vom „Deutschen Reich“, und daß man ihn in Würzburg ungebunden zwei Stunden lang festhielt und dann mit vielen Komplimenten wieder freiließ, als er erklärte, er beabsichtige, zu Lubendorff zu reisen.

Ein ähnliches Schicksal passierte schon einmal vor vielen Jahren. Es war in einem ganz unzulässigen, abgelegenen italienischen Apental, bei einseitigen Hirten. Das war so: Es floß irgendwo in Deutschland ein Freibad auf. Der Wind trieb

Arbeitermassen heraus! — Morgen früh demonstriert das Proletariat aller Länder für die Verbrüderung der Völker

Pfeffergerichte

Stargard, 12. März. Hauptmann Pfeffer wurde heute vormittag dem Antrag des Staatsanwalts gemäß freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die Kaution von 20 000 Mark, gegen die Pfeffer auf freien Fuß gesetzt worden war, ist freigegeben.

Die Verhandlung gegen den Hauptmann Pfeffer ist am Freitag zu Ende geführt worden. Der Staatsanwalt hielt zur Rechtfertigung des Angeklagten eine Rede, die in ihrer Form eine schlechte Lehrlingsleistung war, in ihrer politischen Tendenz aber vielleicht das Unberühmteste darstellte, was sich bisher ein Staatsanwalt vor deutschen Gerichten erlaubt. Der unbefangene Zuhörer hätte ja schon nach der ersten Stunde den Eindruck gewonnen, als ob Richter und Staatsanwalt von der Unschuld des Angeklagten von vornherein überzeugt wären, als ob es gar nicht erst noch für notwendig erachteten, in die Beweisaufnahme einzutreten.

Im Laufe der weiteren Verhandlung stellte sich dann heraus, daß die Tendenz der Prozeßführung darauf hinausging, gegen die Linkspresse, insbesondere aber gegen die „Freiheit“, die schwersten Vorwürfe zu erheben, während die Taten des Angeklagten ganz in den Hintergrund verschwanden. Der Prozeß wurde nicht gegen den Hauptmann von Pfeffer geführt, der eine militärische Geheimformation gebildet hatte, sondern gegen die Presse, die das dunkle Treiben der monarchistischen Freikorpsführer ans Licht der Öffentlichkeit zog.

Waren in der Beweisaufnahme alle wichtigen Anhaltspunkte für eine Verurteilung Pfeffers vollständig verwischt worden, hatte weder der Staatsanwalt noch der Vorsitzende den Versuch unternommen, die Zusammenhänge der Pfefferschen Organisation mit der Orgesch aufzudecken, auf den Inhalt der nachweisbar echten Dokumente und Schriftstücke einzugehen, so schwang sich der Vertreter der Anklage in seinem Plädoyer zum Verteidiger auf. Der Staatsanwalt wagte es zwar nicht, die Echtheit irgendeines Dokuments abzustreiten, aber er hielt alle Angaben, die auf den Charakter einer militärischen Organisation hindeuteten, für bedeutungslos oder nebensächlich. Daß Pfeffer nicht nur arbeitslose Soldaten einstellte, sondern Werbebüros unterhielt, wies der Staatsanwalt zwar an, obwohl schriftliche und mündliche Beweise dafür erbracht worden waren. Die militärische Gliederung der Arbeitsgemeinschaft nach Kompanien, Stäben und Waffengattungen war für den Staatsanwalt nur eine „aus der Gewohnheit des Krieges getroffene Anordnung“. Waffenlager konnten nach dem Staatsanwalt zwar vorhanden gewesen sein, aber wer könnte behaupten, ob sie den Rechts- oder den Linksparteien für einen Putz dienten? Die Tatsache, daß Pfeffer auch Leute zugeworben erhielt vom Werbeauschuss der deutschnationalen Volkspartei für Heer und Flotte, ist für den Staatsanwalt kein Beweis, der einen Mann wie Pfeffer belasten könnte.

Nachdem der Staatsanwalt den Angeklagten rein gewaschen hatte, wie es glänzender der beste Verteidiger nicht vermocht hätte, ging er zu einem geschlossenen Angriff auf die Linkspresse über. Er erhob besonders gegen die „Freiheit“ und deren Zeugen die allerhöchsten Vorwürfe, erteilte ihr im schulmeisterlichen Tone Befehle, gab ihr Anweisungen, wie sie sich zu verhalten habe, wenn sie zu der Höhe der Objektivität eines Staatsanwalts seines Schlages emporklettern wolle.

Ich über die Alpen, und er ging in dem einsamen Tal nieder. Als ihn die Hirten sahen, ließen sie zusammen und schrien: „Der Teufel! Der Teufel! Schlag ihn tot! Er fecht unsere Herden!“ Denn sie hatten noch nie etwas von einem Kultidolon gehört oder gar einen gesehen. Und sie bewarfen die Leute in der Gondel, die über dem Boden schwebte, mit Steinen und bedrohten sie mit Prügelein. Da kam einem Gondel-Innen der rettende Gedanke. Er rief den sanftmütigen Hirten zu: „Wir wollen zum Papst zum Papst!“ Und sie hörten auf, mit Steinen zu werfen, bekreuzigten sich und halfen bereitwillig den Ballon landen. Und mit den unferntigsten Ehrenbezeugungen wurden die Gäste aus der Luft empfangen.

Das war bei den ungebildeten Bewohnern eines einsamen Alpenales, die den Papst für den Stellvertreter Gottes halten. So etwas kommt auch nur dort vor. Bei uns könnte das nicht vollkommener, außer eben bei Ludendorff, den die Bayern mit Recht für den Stellvertreter Wilhelms halten.

Tagesspizillen

Veranstaltungen von Neu-Wien, Jagdsport, Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr. Schützenvereine von Regatta „Ludendorff“ im Döner am Kolonnenplatz. Eintragsort mit Eintragsungen am Klavier Wenzel, 3/4 Uhr, in der Aula des Schlosses. Karten 2,00 M. einmündlich. Gedecktes und Betritt im Rathaus, Zimmer 126.

Wettbewerbsrennen. Der 1. Lindberg wird im 4. Nachkriegsrennen, Sonntag, 13. März, 7 Uhr, in der Grottenstraße 3 Erlan aus Kantonen mit schillerndem Erfolg und Erfolg folgen. Vorkommen gelangt das Rennen mit der 1. und 2. Klasse und Orgel (Hilflos) Mittenberg, Georg Kniehl, die 1. Klasse (Hilflos) sowie die 2. Klasse aus dem „Kunstlichen Döner“ für die 1. (Prof. Emil Witz), Mittenberg und Orgel zum Vortrag. Karten 3 M., Rückzahlung 1,00 M.

Wettbewerbsrennen. Kettyschiff: Die Neue Mozart von Seher, Dienstag, 12. März, 8 Uhr, im Strom von Halle, Mittenberg. — Festung: Der Praxenent von Hermann Otto, Donnerstag, 14. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Freitag, 15. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Samstag, 16. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto.

Wettbewerbsrennen. Kettyschiff: Die Neue Mozart von Seher, Dienstag, 12. März, 8 Uhr, im Strom von Halle, Mittenberg. — Festung: Der Praxenent von Hermann Otto, Donnerstag, 14. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Freitag, 15. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Samstag, 16. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto.

Wettbewerbsrennen. Kettyschiff: Die Neue Mozart von Seher, Dienstag, 12. März, 8 Uhr, im Strom von Halle, Mittenberg. — Festung: Der Praxenent von Hermann Otto, Donnerstag, 14. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Freitag, 15. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto, Samstag, 16. März, 8 Uhr, in der Praxenent von Hermann Otto.

Gegen dieses Verfahren des Staatsanwalts müßte die gesamte Presse, soweit sie nicht zu den Orgeschpartei gehört, den allerhöchsten Widerspruch erheben. Die Presse ist nicht dazu da, die Staatsanwaltschaft mit Material zu versorgen; sie kann nur Hinweise bringen, und kein Staatsanwalt kann ihr das verbieten. Wenn sich aber die Staatsanwaltschaft ihrer Pflicht bewußt ist, dann hat sie die in der Presse gegebenen Hinweise zum Anlaß einer eingehenden Untersuchung zu machen; sie selbst hat dafür zu sorgen, daß das Beweismaterial herbeigeschafft wird, welches zur Erhebung einer Anklage erforderlich ist.

Die Staatsanwaltschaft des außerordentlichen Gerichts hat von sich aus kein Material gegen Pfeffer gesammelt. Sie hat die ausgedehnten Hilfskräfte, die ihr zur Verfügung standen, nicht benützt, um dem Gebäude der Anklage feste Stützpunkte zu geben. Und da die von der „Freiheit“ vorgebrachten Dokumente und Beweise nach Ansicht des Staatsanwalts zu einer Verurteilung Pfeffers nicht ausreichten, beschuldigte er die Redaktion der Unvorsichtigkeit und Kritiklosigkeit. Die Unterlassungsfünde der Staatsanwaltschaft, ihr eigenes Unvermögen gegen Rechts vorzugehen, drehte der Staatsanwalt in ein Unvermögen und eine angebliche Kritiklosigkeit der Presse um. Die angegriffene Presse konnte sich gegen die Vorwürfe aber nicht verteidigen, denn sie war nur durch zwei Zeugen vertreten, die lediglich im Rahmen einer Vernehmung tatsächliche Angaben machen konnten, denen aber nicht das Recht zustand, auf den gesamten Prozeß einzugehen, die insbesondere nicht die politischen Gesichtspunkte, die politischen Beweggründe ihrer Zeitung darlegen konnten. Denn politische Ausführungen dürfen vor einem Gericht durch Zeugen nicht gemacht werden, das kann sich nur ein Staatsanwalt erlauben.

Der Staatsanwalt Kamin ist in seiner Verteidigungsrede für den Angeklagten durchaus politisch gewesen. Seine Ausdrücke, was sein Vorgehen gegen die Presse eine große Unanständigkeit; denn er mußte wissen, daß die Presse nicht unter Anklage stand und daß es ihr unmöglich war, auf die gegen sie erhobenen Vorwürfe einzugehen. So wurde der Pfeffer-Prozeß ein Prozeß gegen die „Freiheit“, so ist der Erlaß Eberts nicht nur ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter, sondern auch ein Ausnahmegericht gegen die Linkspresse. Wir haben von vornherein keinen anderen Ausgang des Prozesses erwartet, müssen allerdings gestehen, daß ein solcher Prozeß in Berlin, wo er einer breiteren Kritik ausgesetzt und der unerbittlichen Machtsphäre entrückt war, kaum möglich gewesen wäre.

Daß die außerordentlichen Gerichte überhaupt existieren können, ist ja nur ein Beweis für die ungeheure Rechteverlödderung in dem neuen Deutschland. Die Militärjustiz ist abgeschafft, die ordentlichen und außerordentlichen Kriegsgerichte sind beseitigt, wir leben nicht mehr unter dem Belagerungszustand. Aber wir haben Ausnahmegerichte, die nichts weiter sind als verkappte Kriegsgerichte und die sich berufen fühlen, jene glorieuse Arbeit fortzusetzen, die die Kriegsgerichte, sehr zum Schaden des deutschen Ansehens, vollzogen. Die Gefährlichkeit dieser Einrichtung, ihr einseitiger Charakter, wurde schließlich auch von der „Frankfurter Zeitung“ sehr scharf kritisiert. Es wies darauf hin, daß die Ausnahmegerichte vollständig ernannt werden von dem Befehlshaber der Reichswehrtrouppenkommandos, also einem früheren General. Das Blatt schrieb ferner ganz richtig, daß die Ernennung durch persönliche, d. h. also durch militärische Anschauungen stark beeinflusst würden, und fuhr dann fort:

„Diese außerordentlichen Gerichte sind reine Ausnahmegerichte, Kriegsgerichte im schmalsten Sinne. Man mag zu den Kappisten oder den Kommunisten stehen, wie man will, die Wohltat der Gesetze können sie wie jeder andere Staatsbürger in Anspruch nehmen; tatsächlich sind diese Ausnahmegerichte allerdings bloß gegen die Kommunisten in Erscheinung getreten. Grundgesetzlich muß aber auf das härteste dagegen protestiert werden, daß derartige Kriegsgerichte, in der einseitigen Weise zusammengesetzt, mit ganz ungläublicher Machtvolle ausgerüstet, entgegen den elementarsten Vorschriften zum Schutze jedes Angeklagten jetzt immer noch hantieren können.“

Daß die Angeklagten, wenn sie zu den Rechtsparteien gehören, durch die Ausnahmegerichte ganz gut geschützt werden, ist nach dem Pfeffer-Prozeß erwiesen. Die Ausnahmebestimmungen, die Rechtsprechung der Angeklagten, sind Maßnahmen, die nur einem Arbeiter zum Schaden reichen können. Einem Pfeffer haben sie keine Unannehmlichkeiten gebracht. Auch einen Korbach würden sie in seiner Tätigkeit nicht beengen. Es sind Pfeffer-Gerichte!

Die Lügenpresse

Die bürgerliche Berichterstattung über den Pfefferprozeß war ein einziger Skandal. Die wichtigsten Aussagen der Belastungszeugen wurden vollständig ignoriert, insbesondere wurde der Inhalt aller Dokumente und Schriftstücke bei der Berichterstattung vollständig unterlassen, während die Ausreden des Angeklagten und die Darlegungen der Belastungszeugen in breiter Form wiedergegeben wurden. Ins direkte Gegenteil umgedreht wurde aber die Aussage des Zeugen Köhler. Der Betreffende Gollmid legte ihm die Frage vor, ob er der Entente Material gegen Pfeffer übergeben habe. Genosse Köhler lehnte es ab, auf den Inhalt dieser Frage einzugehen, da es unter seiner Würde war, sie zu beantworten. Das gab er dem Betreffenden zweimal, und zwar in so lauter und deutlicher Form zu verstehen, daß es der Herr nicht mehr wagte, noch weitere Fragen zu stellen. Auch der Vorsitzende war durch diese Frage nicht angenehm betroffen; er lehnte ein weiteres Eingehen darauf ab. Trotzdem macht jetzt die Rechtspresse aus der Antwort Köhlers eine Belastung der Frage des Betreffenden. Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt sogar, das Gericht solle gegen uns wegen „Landesverrats“ einschreiten. So läßt die Rechtspresse ihren Pfeffer reich und belästigt durch Verbreitung der Tatsachen Zeugen, die dem Pfeffer bei dem Aufbau seiner militärischen Geheimorganisation stützen.

Datos Nachfolger. In Stelle des ermordeten spanischen Ministerpräsidenten Dato, wurde Maura, ebenfalls konservativer, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Maura hatte schon zu verschiedenen Malen die Ministerpräsidentenschaft in Spanien. Er ist ein Reaktionsreinstes Wasser.

Proteste gegen den Ueberfall auf Georgien

Die englische Arbeiterpartei sah folgende Entschliebung:

Der Internationale Ausschuss des Kongresses der englischen Gewerkschaften und der englischen Arbeiterpartei hat mit schmerzlichen Bedauern davon Kenntnis erhalten, daß der unabhängige Staat Georgien von bolschewistischen Truppen überfallen wurde. Das Komitee sendet der georgischen Republik den Ausdruck seines aufrichtigen Wunsches, daß Georgien seine Unabhängigkeit und seine demokratischen Institutionen bewahren möge.

Der Vorsitzende Arthur Henderson.

Auch die sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Dänemarks haben Protesterklärungen gegen die Vergewaltigung Georgiens veröffentlicht.

Internationale sozialistische Konferenz am 13. März

Treffpunkte der Distrikte und Ortsgruppen für die Demonstration am Sonntag

1. und 3. Distrikt: Kaminhofen, Kommandantenstraße.
 2. Distrikt: Sonntag früh 8 1/2 Uhr Dennewitzplatz.
 3. Distrikt: Demonstrationsteilnehmer treffen sich Mühlenstraße, Ecke Fontanepromenade. Abmarsch pünktlich 11 1/2 Uhr. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
 4. Distrikt: Sonntag früh 8 1/2 Uhr Mariannenplatz.
 5. Distrikt: Prachtstraße Alt-Berlin, Blumenstraße 10.
 6. Distrikt: 10 Uhr Zahlendelokal, 9 Uhr Abmarsch vom Kaminhofen.
 10. Distrikt: Sämtliche Genossinnen und Genossen 10 Uhr bei Büttner, Schwedter Straße 23.
 12. Distrikt: 11 Uhr Hefenhofplatz (Löhner Straße).
 13. Distrikt: 11 Uhr Hallenplatz, 10 Uhr Bezirkslokale.
 16. Distrikt: 10 Uhr Germania-Festhalle.
 17. Distrikt: 9 Uhr Leopoldplatz.
- Wilmersdorf—Schmargendorf—Grunewald: Die Genossen nehmen an der Verammlung in Schöneberg im Schwarzen Adler, Hauptstraße, teil. Von dort gemeinsamer Abmarsch zur Demonstration nach dem Lustgarten.
- Pankow: Morgens 8 1/2 Uhr Andreasbaker Platz. Abmarsch: 11 1/2 Uhr Bahnhof Siedlich. Söbende: 11 1/2 Uhr Bahnhof Söbende.
- Niederhohenschulzen: Morgens 10 Uhr am Hindenburgplatz zum gemeinsamen Abmarsch nach Berlin.
- Weißensee: Sonntag früh 10 1/2 Uhr Berliner Allee, Ecke Gürtelstraße. Erscheinen aller wird erwartet.
- Reinickendorf-Ost: Sonntag früh 8 Uhr in den Zahlendelokal, kommen um 10 Uhr am Seebad zusammen, von dort gemeinsamer Abmarsch zur Verammlung und Demonstration.
- Richtberg: Alle Abteilungen gehen gemeinschaftlich, spätestens 9 Uhr, zur Verammlung nach Café Bellevue. Von hier um 11 1/2 Uhr gemeinsamer Abmarsch zur Demonstration im Lustgarten.
- Tegel: Alle Teilnehmer an der Demonstration treffen sich 10 1/2 Uhr an der Endstation der Straßenbahn-Linie 25. Keine Teilnahme wird erwartet.
- Neukölln: 9 Uhr vorm. in den bekannten Bezirkslokalen, im 6. Bezirk bei Balke, Weser, Ecke Zulastraße, im 7. Bezirk bei Kalluhn, Erststraße 8.
- Johannisthal: 10 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz zum gemeinsamen Abmarsch.
- Reinickendorf-West: 10 Uhr Volkshaus Scharnweberstraße zwecks Teilnahme an der Demonstration.
- Glückliche-Nordbahn: 10 Uhr Restaurant Bath, Glückliche.
- Nichtenrade: 11 Uhr am Bahnhof zum Abmarsch zwecks Teilnahme an der Demonstration.
- Achtung! Die taubstummen Genossen treffen sich zur Demonstrationverammlung um 9 Uhr vormittags in der Blumenstraße 10 (Prachtstraße Alt-Berlin). Wir bitten die Genossen in den Betrieben, ihre taubstummen Genossen aufmerksam zu machen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Debater der für die am Sonntag, den 13. d. M., im Lustgarten stattfindenden Demonstration treffen sich um 12 Uhr am Zirkus Busch bei dem Genossen Herdt.

Die Debater haben ihre Korbhänder resp. Schellen selbst mitzubringen. Die Geschäftsleitung.

Jugendgenossen und Genossinnen!

Am Sonntag, den 13. März, finden in Berlin 8 Verammlungen der U.S.V. statt. Dieser Tag gilt als rein internationaler Demonstrationstag, an dem die Arbeiterklasse der ganzen Welt Stellung nimmt gegen die Reaktion, gegen den widerwärtigen Nationalismus, der uns heute mehr denn je bedroht, für den internationalen Zusammenhalt aller Proletarier. Die Zentrale fordert Euch auf, diese Rundgebungen durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Im Lustgarten treffen sich alle Jugendlichen an der Mittelstiege des Doms.

Zentrale der Sozialistischen Proletarierjugend.

Groß-Berlin

Noch einmal das Charlottenburger Wohnungsamt

Da das Charlottenburger Wohnungsamt die Dessenpflicht um Unterlassung gebeten hatte, sei noch einmal ein Fall bekanntgegeben, der ebenfalls nicht geeignet ist, das Vertrauen und die Hilfsbereitschaft diesen Behörden gegenüber zu verstärken. Ein Wohnungsuchender teilt uns mit, daß er nach zwei Jahren und nach einem Dringlichkeitsantrag endlich eine Wohnung erhalten habe, die er ohne weitere Verschlimmerung seiner Krankheit hätte beziehen können. Es war ein abgetrennter Teil der Wohnung einer Frau von Madia. Diese kündigte sich gegen die Zuweisung eines proletarischen Mieters und wußte es beim Wohnungsamt durchzusetzen, daß der Mieter wieder zu einer anderen Wohnung geschickt wurde. Es ist bezeichnend für das Wohnungsamt, daß ein solcher Fall — sei er nun vereinzelte oder nicht — überhaupt vorkommen kann. Solange aber die Wohnungsämter nicht die größtmögliche Objektivität walten lassen und soziales Verständnis zeigen, solange können sie auch nicht auf das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung rechnen.

